

Aktuelle Forschungsprojekte (2020-2022)

KiMeGe – Künstliche Intelligenz

2020-2022

Neue Techniken und Technologien haben immer schon einen weitreichenden sozialen Wandel ausgelöst. Technik ist dabei weit mehr als ein Medium, ein bloßes Artefakt, welches allen Menschen in gleichem Maße zugutekommt. Wenn Technik zwar einerseits ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, ein selbstverständlicher Teil der Sozialstruktur geworden ist, und Technik heutzutage mehr denn je mit Kultur verschmolzen ist (Lebensstile, normative Orientierungen, gesellschaftliche Leitbilder), so kann doch andererseits nicht übersehen werden, dass unterschiedliche Techniken immer auch zentrale Ressourcen für die Ausübung von Macht waren und sind, dass sich technische Dominanz sachlogisch in die Sozialstrukturen eingeschrieben hat und sie quasi gleichbedeutend mit Wohlstand, Einfluss und Macht geworden ist. Umstritten sind dabei zunächst die machttheoretisch interessanten Fragen, ob die Macht aus den technischen Artefakten selbst entspringt, oder sie der Technik etwa als ‚Sachzwang‘ oder als ‚Nebenfolge‘ eingeschrieben ist, oder ob Menschen technisch bedingt oder technisch vermittelt handeln und über die Beherrschung oder Anwendung der Technik Macht ausüben. Dies verweist zugleich darauf, dass Technik nicht nur ein reines Medium ist, sondern sich in ihr immer auch soziale Prozesse und Strukturen institutionell verfestigen.

Vielfach wird davon ausgegangen, dass sich das Verhältnis von Mensch und Technik mit der Digitalisierung und v.a. dem Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) grundlegend verändert. Neben den Veränderungen des individuellen Lebens und Verhaltens sowie des Wandels der Wirtschafts- und Arbeitswelt stehen dabei ethische bzw. normative Aspekte im Mittelpunkt der Diskussionen. Dabei oszillieren die Debatten um KI nicht selten zwischen naiver Technikeuphorie einerseits und fatalistischen bzw. dystopischen Auslöschungsphantasien andererseits.

Das Projekt zu „Künstlicher Intelligenz, Mensch und Gesellschaft“ untersucht deshalb in den drei Bereichen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft mit je zwei ausgewählten Untersuchungsfeldern (Tech-Konzerne und Arbeitswelt; Herausforderungen für die Demokratie und Militärtechnologien; Versicherunglichung/Überwachung und Gesundheitswesen) die mit Künstlicher Intelligenz (KI) in Zusammenhang stehenden zentralen Fragen nach gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Herrschaftsstrukturen, nach der Macht einzelner Akteure und ihren unterschiedlichen Herrschaftsansprüchen, nach je spezifischen Machtressourcen und Machtformen sowie nicht zuletzt nach der Rolle von KI bei der Ausweitung, Stabilisierung oder Transformation von Macht und Herrschaft. Dabei sollen die machtbezogenen Chancen und Risiken von KI hinsichtlich ihrer Gestaltungsmöglichkeiten wie auch Gefahrenpotenziale betrachtet werden, um zu einem adäquateren Verständnis der neuartigen, weitreichenden und in ihren Dimensionen bisher nur ansatzweise zu überblickenden, v.a. technisch induzierten Veränderungen der sozialen Ordnung zu gelangen.

Bedrohungslagen von politischen AmtsträgerInnen

2021-2022

Seit einigen Jahren ist ein Trend feststellbar, dass Hass, Drohungen und Gewalt gegen öffentliche Personen – handele es sich dabei um PolitikerInnen, PolizeibeamtInnen, den Rettungsdienst oder die Feuerwehr – zunimmt. Empirische Fakten zu diesem Trend sind bislang eher Mangelware. Zwar wird immer wieder darüber berichtet, dass PolitikerInnen Hass und Gewalt erfahren, dass gegen sie gar Anschläge verübt werden, aber ob dies verallgemeinerbar ist oder eine Ausnahme darstellt, darüber ist bislang wenig bekannt. Allerdings scheint dies angesichts der sozialen Spaltung der Gesellschaft, der Radikalisierung von Minderheiten und einer zunehmenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft nicht unplausibel zu sein.

Gegenstand der Untersuchung ist zunächst die Bedrohungssituation von politischen AmtsträgerInnen. Es soll herausgearbeitet werden, wie häufig, in welchem Ausmaß und welchen Kontexten politische AmtsträgerInnen von Aggressionen, Drohungen und Gewalt gegen sie betroffen sind. Dazu ist ein mehrstufiges Verfahren vorgesehen: Eine erste Online-Befragung konzentriert sich auf den entsprechenden Personenkreis im Bergischen Städtedreieck, also Bürgermeister, Stadtverordnete, Dezerenten – alles Personen des öffentlichen Lebens –, die wichtige Funktionen für eine lebendige Demokratie erfüllen. In einem zweiten Schritt soll die Befragung auf anderen Regionen und Trägergruppen ausgeweitet werden. Drittens wird es darum gehen, auch die Ergebnisse anderer Untersuchungen einzubeziehen und die Problematik in einem größeren Kontext zu stellen und zu analysieren.

Insgesamt soll damit das Ausmaß der Bedrohung eruiert werden, aber auch nach der Art der Bedrohung und der Bedrohungswahrnehmung bzw. -einschätzung gefragt werden. Erst die Berücksichtigung aller drei Aspekte ergibt im historischen Vergleich ein adäquates Bild der Entwicklung von Bedrohungslagen gegen öffentliche Personen. Schließlich soll nicht zuletzt nach den Folgen für die Demokratie, demokratische Prozesse und Verfahrensabläufe gefragt und deren Bedeutung geklärt werden.

Legitimationsstrategien und Legitimationsmuster von Gewalt

2017-2022

Die Frage nach der Legitimität von Gewalt zu stellen, mag etwas Verstörendes haben. Denn die gängigen und dominanten Selbstbeschreibungen der Moderne weisen allesamt darauf hin, dass moderne Gesellschaften aufgrund ihres langandauernden Zivilisierungs- und Modernisierungsprozesses vergleichsweise gewaltfreie – zumindest gewaltarme – Gesellschaften sind und Gewalt als Handlungsmodus selbst die Ausnahme sein soll. Bei genauerer Betrachtung zählt diese Vorstellung jedoch zu den „großen Erzählungen“ der Moderne und kann als eine Art Sozialmythos betrachtet werden. In einer solchen Perspektive wäre die Frage nicht nur schnell beantwortet, sie wäre zudem auch noch falsch gestellt: Gewalt kann gar nicht legitim sein, seit der moderne Staat das Gewaltmonopol für sich beansprucht;

er sorgt schließlich für Ordnung und sanktioniert entsprechende Verstöße dagegen. Das normative Gewaltverbot in modernen Gesellschaften führt nun jedoch nicht dazu, dass es auch realiter keine Gewalt mehr gibt. Deshalb kann vielleicht der eigentliche Ertrag des Zivilisationsprozesses darin gesehen werden, dass Gewalt grundsätzlich legitimationsbedürftig geworden ist. So wie die Herrschaft im Zuge der Entwicklung der modernen Gesellschaft nicht mehr als natürlich oder gottgegeben angesehen werden kann, sondern der vorgängigen Legitimation bedarf, so ließe sich auch argumentieren, dass Gewalt in der Moderne immer einer Form der Legitimierung bedarf, sie nicht mehr ohne Rechtfertigung auskommt. Dies gilt für Formen individueller Gewalt genauso wie für Formen politischer Gewalt. Auch die Einschätzung und Bewertung von Gewalt kann sich bekanntlich im Zeitverlauf verändern.

Das Forschungsprojekt möchte den Legitimationsstrategien und Legitimationsmustern auf drei Ebenen nachspüren: a) auf der Mikro-Ebene des Individuums, b) auf der Meso-Ebene gesellschaftlicher Gruppen, und c) auf der Makro-Ebene des Staates. Auf jeder dieser Ebenen soll an unterschiedlichen Beispielen und in komparativer Perspektive nach den Begründungsmustern und möglichen Legitimationen von Gewalt gefragt werden. Die ausgewählten Beispiele liegen allesamt in der interessanten Grauzone zwischen der legalistischen Verneinung jeglicher Legitimität von Gewalt und der etwas naiven generellen Bejahung einer solchen Legitimität, so dass an ihnen die Legitimitätsproblematik von Gewalt besonders eindrücklich aufgezeigt werden kann.

Konfliktpotenziale demographischer Entwicklungen

laufend

Demographische Entwicklungen werden zunehmend in ihrer Bedeutung für soziale Konflikte und Gewaltprozesse wahrgenommen. Denn die Folgen des demographischen Wandels betreffen nicht nur die Bevölkerungsstrukturen einzelner Länder oder deren Zusammensetzung, sie führen auch zu latenten und manifesten Konfliktsituationen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen niederschlagen. Dabei lassen sich zwischen unterschiedlichen Regionen große Unterschiede feststellen: Während die alteuropäischen westlichen Industrieländer aufgrund von Bevölkerungsrückgang und Überalterung vor beträchtlichen demographischen Herausforderungen und Anpassungsproblemen stehen, sind die meisten Entwicklungsgesellschaften junge Gesellschaften, die eine große Zahl von jungen Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft integrieren müssen. Eine dritte Ländergruppe reproduziert seine Bevölkerungszahl und ist den vermeintlich positiven oder negativen Konsequenzen der beiden zuvor genannten Fälle relativ enthoben – was allerdings nicht bedeutet, dass die demographischen Trends dort keine Konflikte auslösen.

Das Projekt setzt an den von demographischen Prozessen ausgehenden Konfliktpotenzialen für drei Ländergruppen an: Erstens werden „schrumpfende Gesellschaften“ (paradigmatisch verkörpert am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland) in den Blick genommen werden; zweitens werden stark wachsende Gesellschaften

(paradigmatisch verkörpert am Beispiel Indien) in den Blick genommen werden; drittens sollen jene Länder untersucht werden, die von den demographischen Entwicklungen scheinbar unberührt sind und eine, durch welche Faktoren auch immer hervorgerufene, ausreichende Reproduktionsrate aufweisen (paradigmatisch verkörpert am Beispiel der USA).

Um die mit demographischen Prozessen einhergehenden latenten und manifesten Konflikte zu erfassen, wird auf der Grundlage einer „Politischen Demographie“ danach gefragt, wie demographische Entwicklungen auf gesellschaftliche Aspekte ein- bzw. zurückwirken. Dazu soll zunächst ein genauerer Blick darauf geworfen werden, wie demographische Aspekte und Prozesse die Entwicklungsmöglichkeiten von Gesellschaften beeinflussen und was demographische Prozesse mit der „Politik der Gesellschaft“ machen. Es wird davon ausgegangen, dass demographische Prozesse bedeutsame politische Implikationen besitzen, die in ihrer Struktur und Reichweite erörtert werden müssen. Sodann soll danach gefragt werden, welche Konflikte und Konfliktpotenziale demographische Prozesse in einer Gesellschaft auslösen bzw. heraufbeschwören. Die begründete Vermutung ist dabei, dass solche Konflikte in den hier unterschiedenen Ländern zwar variieren, aber typisch für die jeweilige demographische Konstellation sind.

Dabei wird sich nicht nur zeigen, dass sich hinter dem vereinheitlichenden Terminus „demographische Frage“ je nach Ebene und Konflikt sehr unterschiedliche demographische Fragen verbergen, sondern auch, dass die Antworten von Gesellschaften auf den demographischen Wandel höchst verschieden ausfallen. Denn inzwischen ist nicht nur deutlich geworden, dass ein hohes Bevölkerungswachstum Gesellschaften vor große Herausforderungen stellt, sondern auch eine schrumpfende Bevölkerung beträchtliche sozialstrukturelle Verwerfungen mit sich bringt, die in ihren Auswirkungen und Konsequenzen nicht weniger dramatisch sind.

Damit sollen die politischen Dynamiken von demographischen Prozessen in vergleichender Perspektive in den Mittelpunkt gerückt werden, um zu eruieren, welche Auswirkungen der demographische Wandel auf Politik und Gesellschaft hat, welche Konflikte der demographische Wandel unter unterschiedlichen Umständen auslöst, und wie unterschiedliche Gesellschaften auf den demographischen Wandel und die damit einhergehenden Konflikte reagieren.

Weitere Forschungsprojekte finden Sie auf meiner Website www.peter-im-busch.de